

Wahltag ist Zahltag!

Wir stehen vor der Wahl. Die Briefkästen quellen über. Die Landtagsparteien, die sich das ganze Jahr über nicht um die Wähler kümmern, machen Versprechungen. Im Fernsehen liefert man sich Schaufechte. Was soll man wählen? Die SPD spürt, daß die Wähler weglaufen, daß sie selbst daran schuld ist, will sie (noch) nicht wahrhaben. CDU und FDP sind die Parteien des großen Geldes, für Arbeiter sollten sie nicht in Frage kommen. Die FDP ist die bewährte „Bremsen“-Partei. Die CDU versucht, die Rechten im Land zu sammeln, und wirbt mit beispielloser sozialer Demagogie um die Stimmen der Unzufriedenen. Wir meinen, auch bei dieser Wahl gilt der alte Arbeiterspruch: „Wahltag ist Zahltag!“ Am Wahltag besteht die Möglichkeit, denen einen Denkmittel zu verpassen, die jahraus jahrein Bürgerwillen mißachten. Man braucht sich dabei nur bei uns umzusehen.

Es ist nicht vergessen, daß SPD, CDU und FDP gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung von Mörfelden die Fusion Mörfelden/Walldorf beschlossen haben.

Es ist nicht vergessen, daß SPD, CDU und FDP, die von der Bevölkerung gewünschte, und von der DKP vorgeschlagene Bürgerbefragung über die Zukunft der beiden Städte vereitelten.

Es ist nicht vergessen, mit welcher Arroganz die SPD/FDP-Regierung in Wiesbaden den Namen Mörfelden (wiederum ohne die Bevölkerung zu fragen) von der Landkarte tilgen will.

Es ist nicht vergessen, wer die Herren sind, die zulassen, daß in unserem Gebiet immer mehr Beton-Kästen der Baulöwen entstehen.

Wie gesagt, man braucht gar nicht in

die große Politik zu gehen. Den Ärger haben wir täglich vor der Haustür. Und schon dafür gehört den etablierten Landtagsparteien, mit der Wahl der DKP, die Quittung überreicht.

Wahltag ist Zahltag!

Stimmzettel
für die Landtagswahl am 27. Oktober 1974
Wahlkreis 47

1	Dr. Lang, Erwin , Staatsminister a. D., Raunheim, Wilhelmstr. 11 Ersatzbewerber: Gukes, Walter , Studiendirektor, Gernsheim, Tannenstr. 28 Erster Bewerber der Landesliste: Osswald, Albert, Ministerpräsident	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	<input type="radio"/>
2	Sturmowski, Georg , kaufm. Angestellter, Groß-Gerau, Elisabethenstr. 60 Ersatzbewerber: Kraft, Richard , Bankkaufmann, Crumstadt, Schulstr. 15 Erster Bewerber der Landesliste: Dr. Dregger, Alfred , Oberbürgermeister a. D., Direktor	Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU	<input type="radio"/>
3	Schmidt, Rudolf , Hersteller, Mörfelden, Feuerbachweg 3 Ersatzbewerber: Heinss, Verona , Studentin, Rüsselsheim, Bensheimer Str. 73 Erster Bewerber der Landesliste: Karry, Heinz Herbert, Staatsminister	Freie Demokratische Partei F.D.P.	<input type="radio"/>
4	Hechler, Rudi , Maschinensetzer, Mörfelden, Hochstr. 22 Ersatzbewerber: Schaffner, Erich , Offsetdrucker, Mörfelden, Hochstr. 6 Erster Bewerber der Landesliste: Mayer, Josef, Verlagsangestellter	Deutsche Kommunistische Partei DKP	<input checked="" type="radio"/>
6	Bender, Erwin , Schlosser, Astheim, Hauptstr. 19 Ersatzbewerber: Klein, Wilhelm , Forstverw.-Angestellter i. R., Walldorf, Cezannestr. 31 Erster Bewerber der Landesliste: Quintus, Mathias, Verwaltungsangestellter	Nationaldemokratische Partei Deutschlands NPD	<input type="radio"/>



Das aktuelle Interview

Der „blickpunkt“ sprach mit Dr. Ellen Weber. Sie ist Kandidat der DKP-Landesliste und stellvertretende Bezirksvorsitzende der DKP-Hessen. Viele Mörfelder haben sie auf verschiedenen Versammlungen kennengelernt. Am 18. Oktober besteht die Möglichkeit, mit ihr im Bürgerhaus zu diskutieren.

Redaktion:

Viele Menschen in Hessen befürchten, daß Dregger und die CDU in Hessen bei den Landtagswahlen Stimmen gewinnen. Ist diese Angst begründet? Wie schätzt Du das ein?

Ellen Weber:

Wenn man sich die Wahlergebnisse in den anderen Bundesländern ansieht, so zeigt sich, daß das Anwachsen der CDU-Stimmen eine reale Gefahr darstellt. Die Hauptursache für diese Entwicklung liegt bei der SPD selbst. Eine SPD-Regierung, die sich gegen die berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten ausspricht, die unter ihrer Regentschaft die Preise munter weiter klettern läßt, die dem Terror der Ölkonzerne zusieht und ihn begünstigt, eine solche Regierung kann bei den Wahlen nicht auf Milde rechnen. Die Wähler verteilen Quittungen nach dem Motto: Wahltag sind Zahltag.

Redaktion:

Nun hat die SPD dieses Problem wohl erkannt, denn sie hat vor einiger Zeit Willy Brandt ja durch Helmut Schmidt ersetzt, von dem man sich die „Tendenzwende“ verspricht.

Ellen Weber:

Die Probleme liegen sicher tiefer. Die SPD hat die Abwanderung von Wählern nicht etwa erlebt, weil Willy Brandt nicht entschlossen genug gehandelt hat oder weil er zu sehr auf dem Podest gestanden hätte. Die Wahlverluste waren, um es kurz zu sagen, kein Charakterproblem Willy Brandts. Sie waren Quittung für eine gegen die Arbeiterinteressen gerichtete Politik.

Deshalb ist es nicht sinnvoll, wegen der neuen Männer das Problem für gelöst zu halten.

Redaktion:

So betrachtet, stellen die Maßnahmen von Helmut Schmidt auch keine Lösung der herangereiften Probleme dar.

Ellen Weber:

Ja, das ist richtig. Die Steuerreform ist ein arbeiterfeindliches Papier. Man braucht aber gar nicht nach Bonn zu schweifen. In Frankfurt wurde mit dem Fahrverbund die größte Tarifierhöhung im Nahverkehr durchgepackt. Durchgepackt von einem SPD-Magistrat, der am 27. Oktober Wahlen gewinnen will.

Redaktion:

Die SPD braucht sich also bei einer so unsozialen Politik gegenüber den Arbeitern und Angestellten nicht zu wundern, wenn Wähler abwandern.

Ellen Weber:

Diese Feststellung ist richtig, aber nur die Hälfte des Problems. Es ist sehr ernst zu nehmen, wenn die von der SPD enttäuschten Bürger durch die soziale Demagogie der CDU wieder zu Wählern der CDU werden. Um es unmißverständlich zu sagen: Die CDU mit Dregger an der Spitze ist eine großkapitalistische Unternehmerpartei, die in allen entscheidenden Fragen zugunsten der großen Geldbesitzer handelt. Die CDU ist gegen den Preisstopp, weil sie den Kapitalbesitzern zu hohen Gewinnen verhelfen will. Sie ist gegen die paritätische Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten. Sie ist gegen die Fristenlösung und somit gegen den erklärten Willen von Millionen Frauen in diesem Land.

Die Liste ließe sich verlängern. Was ich aber noch für besonders charakteristisch für die CDU-Politik halte: Die CDU/CSU ist gegen die Politik der Verständigung und Entspannung. Sie ist geblieben, was sie je war: die Partei des kalten Krieges. Aus all den Gründen kann die Wahl der CDU keine Antwort für eine kapitalhörige Politik der SPD-Führung sein.

Redaktion:

Und was ist die richtige Antwort? Die FDP etwa, als das Zünglein an der Waage?

Ellen Weber:

Keineswegs. Die FDP ist im Bonner Parlament ebenso eine Stütze des Großkapitals, wie die CDU und wie bestimmte rechte sozialdemokratische Regierungspolitiker. Der bloße Stimmenwechsel zwischen diesen drei Parteien bringt keine entscheidende Veränderung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung.

Auf diese oder jene Weise sichern SPD, FDP und CDU die Macht der großen Kapitalbesitzer.

Die richtige Antwort auf die verfehlete Politik der SPD/FDP-Koalition ist die Wahl der DKP. Wären DKP-Abgeordnete in den Parlamenten, könnten sie dort für jene Entscheidungen wirken, die dem Arbeiter, dem Angestellten und deren Familien nutzen.

Die DKP würde sich z.B. für sofortigen Preis- und Mietstopp, für die Senkung des Eingangsteuersatzes von jetzt 19 auf 15 % einsetzen.

DKP-Abgeordneten würden für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes von jetzt 53 % auf 80 % wirken und dafür eintreten, die Kilometerpauschale wieder auf 50 Pfennige anzuheben. All diese Forderungen können nicht erfüllt werden mit den Bonner Parteien.

Redaktion:

Verkennt die DKP nicht die wirkliche Lage, wenn sie die Meinung verbreitet, einige DKP-Abgeordnete wären eine Garantie für eine richtige Politik?

Ellen Weber:

Eine Garantie für eine an den Arbeiterinteressen orientierte Politik sind DKP-Abgeordnete bestimmt. Etwas anderes ist, daß DKP-Abgeordnete das notwendige gemeinsame Handeln aller arbeitenden Menschen nicht ersetzen können. Nur wenn alle gemeinsam handeln, die Gewerkschaften, die Jugendorganisationen und die Abgeordneten der DKP in den Parlamenten, kann eine Politik zugunsten der Arbeiter und Angestellten, zugunsten der Frauen und der Jugend durchgesetzt werden. Dafür tritt die DKP ein. Darum geht es am 27. Oktober bei der hessischen Landtagswahl.



Junge Chilenen, die heute in der Frankfurter Emigration leben müssen, malten in der Mörfelder Heinrichstraße ein Monumentalbild. Es soll ein Gruß aus Chile sein und Dank an die Mörfelder Solidaritätsbewegung für das demokratische Chile.

Ein junger Chilene erklärte uns: Diese Art der Malerei hat ihren Ursprung in Chile. Sie war dort ein beliebtes Mittel der Agitation unter der Regierung der Volkseinheit. Damit wurde gegen Analphabetentum und Hunger gekämpft und für die Unidad Popular geworben.

DKP-Stadtverordneter Erich Schaffner: „Das Bild erhellt die Hintergründe des chilenischen Dramas. CIA und Wallstreet hatten die Finger im Spiel. Doch Zuversicht spricht aus dem Wort VENCEREMOS (Wir werden siegen!).“

Neue Enthüllungen aus den USA weisen darauf hin, daß auch die bundesrepublikanische CDU mit der Transferierung von CIA-Dollars zur Vorbereitung des Junta-Putsches beitrug. Das ist die internationale Allianz des großen Geldes. Dem muß die internationale Solidarität der arbeitenden Menschen entgegengesetzt werden.

Das Spendenkonto des Chile-Solidaritäts-Komitees Mörfelden: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr.: 900 3781



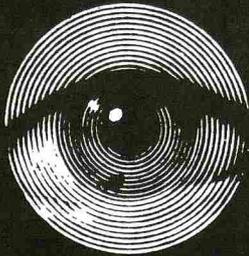
UNRECHT GUT GEDEIHT NICHT

Von der Maas bis an die Memel – offiziell wird dieser anmaßende Text des Deutschlandliedes längst nicht mehr gesungen. Die Maas floß schon immer in Belgien und Holland, und die Memel zu einem deutschen Fluß zu erklären, ist auch etwas heikel. Nur an einer Hauswand eines Mörfeldners feiern derlei großdeutsche Betrachtungen fröhliche Urstände. Dort weist eine Landkarte

nicht nur infolge des verlorenen zweiten Weltkrieges an Polen und die Sowjetunion übergegangene Gebiete als deutsch aus, sondern auch Gebiete der Tschechoslowakei, die nie Teil des Deutschen Reiches waren. Warum aber so bescheiden? Auf der Hauswand ist doch sicher noch Platz für Österreich, drei Viertel der Schweiz, das Fürstentum Liechtenstein und die Hälfte Luxemburgs auf der alldeutschen Landkarte. Oder wie wär's mit Südtirol? Siebenbürgen? Elsaß-Lothringen?

Unrecht Gut gedeihet nicht. Sehr wahr. Das unrecht Gut des Dritten Reiches, das Reich von Brest bis Brest-Litowsk (und weiter) gedieh nicht. Die Folgen kennen wir. Wir sollten sie anerkennen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Wird der Rathausplatz bald Marktplatz?

Wenn es der DKP-Fraktion nach geht, wird es demnächst samstags vormittags auf dem Platz vor dem seitherigen Rathaus buntes Marktleben geben. Nach Beratung im Vorstand und in der Mitgliedschaft, wurde beiliegender Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt.

Antrag:

Betr.: Wochenmarkt in Mörfelden

Die Stadtverordneten mögen beschließen:

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit frischem Gemüse, Obst, Blumen und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird auch in Mörfelden ein Wochenmarkt durchgeführt. Der Magistrat wird beauftragt, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen. Es sollten auch ortsansässige Interessenten Berücksichtigung finden.

Als Standort ist der Platz vor dem seitherigen Rathaus und ein Teil des Parkplatzes vorzusehen. Der Markt sollte nach Möglichkeit am Samstagvormittag stattfinden.

Begründung:

Von verschiedener Seite aus der Bevölkerung wurden wir auf den Mangel in Mörfelden aufmerksam gemacht, der entstand, nachdem zwei Mörfelder Gemüsehändler ihr Geschäft in der Bahnhofstraße vor Jahren aufgaben. Durch das Abhalten eines Wochenmarktes mit seinem vielfältigen Angebot an feldfrischen Erzeugnissen dürfte eine Lücke auf diesem Gebiet in Mörfelden geschlossen werden. Die Versorgung der Bürger mit frischem Obst und Gemüse ist in unserer Stadt, in der inzwischen die Mehrzahl der Einwohner

nicht mehr zu den Selbstversorgern zählt, von gesundheitsfördernder Bedeutung.

Um den berufstätigen Frauen Gelegenheit zum Einkauf zu geben, erscheint der Samstagvormittag am zweckmäßigsten. Des Weiteren ist eine solche Einrichtung in der Lage, zur Kommunikation der Bürger in erheblichem Maße beizutragen.

Die Zerstörung der Landschaft muß aufgehalten werden

Die DKP-Fraktion hat nachfolgende Anfrage zu den Langener Abwässern an den Magistrat gerichtet. Bei der letzten Zusammenkunft unserer Partei berichtete Stadtverordneter Michael Denk, daß die KPD-Fraktion im Mörfelder Gemeinderat und im Kreistag vor 1956, dem er angehörte, in dieser Frage bereits vorstellig geworden ist. Damals schlugen die Kommunisten schon vor, daß die Stadt Langen als erste Maßnahme ein Rückhaltebecken bauen müsse, das von Zeit zu Zeit zu entschlammten sei.

Anfrage:

Betr.: Zerstörungen und Belästigungen durch Langener Abwässer

Wie ist der Stand der Dinge in der Beseitigung der Ursachen für die Zerstörung von Teilen des Oberwaldes bzw. der Ursachen für die Geruchsbelästigung von Anwohnern des Mühlbaches in Mörfelden?

Ist damit zu rechnen, daß die Ursachen in Kürze beseitigt werden?

Wenn ja, wann und wodurch?

Wenn nein, warum nicht und welche Maßnahmen hat der Magistrat eingeleitet, bzw. wird er einleiten?

Begründung:

Die Schäden, die die Abwässer der Stadt Langen in unserer Gemarkung angerichtet haben und noch anrichten, sind zum Teil allen Stadtverordneten und der Bevölkerung bekannt. Die Ursachen sind eindeutig die mangelhafte Klärung seitens der Kläranlage der Stadt Langen.

Das Problem ist alt. Bereits vor 1956 hat die Fraktion der KPD im Mörfelder Gemeinderat und im Kreistag auf diesen Mißstand hingewiesen und Vorschläge zu dessen Lösung aufgezeigt. Bei der letzten Stadtbegehung wurde die Problematik auch durch zu Recht verärgerte Bürger wieder einmal deutlich.

Deshalb sollten zunächst einmal alle Stadtverordneten über den Stand der Verhandlungen unterrichtet werden.

DKP-Parlamentarier aus der gesamten Bundesrepublik tagten in Marburg. Die Mörfelder DKP-Stadtverordneten waren dabei.

In Marburg wurden die Vorschläge der DKP zur Überwindung der Finanznot der Städte und Gemeinden beraten. Die Beiträge der einzelnen Stadträte aus ihren Heimatgemeinden waren eine einzige Anklage gegen die gemeindefeindliche Politik der bisherigen Bonner Regierungen. So berichtete der DKP-Stadtrat Stiefvater aus Nürnberg, daß seiner Stadt im neuen Haushaltsjahr durch die Steuerreform 25 Millionen DM verloren gehen. Ähnliches konnte man auch aus anderen Städten erfahren. Als Hauptübel wurde die Steuerverteilung kritisiert.

Vor 1933 betrug der Gemeindeanteil am Gesamtsteueraufkommen 33 Prozent. Nach 1933 sank er auf ungefähr 20 Prozent. Von 1945 bis heute hat sich dieser Anteil Zug um Zug auf rund zehn Prozent vermindert, wobei man einerseits sehen muß, daß bei öffentlichen Investitionen — Schulen, Krankenhäuser, Verkehrseinrichtungen — die Gemeinden zu 65 Prozent zu finanzieren haben. Angeprangert wurden die SPD, CDU und FDP, die als einzigen Ausweg aus der Misere neue Belastungen für die Bürger in Form von Gebühren- und Tarifierhöhungen oder der Einführung neuer Steuern sehen.

Marburger Erklärung

Die DKP-Abgeordneten nahmen in Marburg eine Erklärung an. Darin heißt es:

Wir, die Abgeordneten der DKP, wenden uns dagegen, daß durch die Abwälzung der Lasten auf die werktätige Bevölkerung sowie Verweigerung notwendiger Lohn- und Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst die kommunalen Haushalte saniert werden sollen...

Wir fordern, daß die wachsenden Gewinne der großen Industrieunternehmen für die Bedürfnisse des Gemeinwohls, für die Lösung der kommunalen Aufgaben herangezogen werden.

Wir meinen, jetzt muß die notwendige Konsequenz aus

den außenpolitischen Vertragsabschlüssen der letzten Jahre gezo-gen werden. Sie ermöglichen den Stopp der Rüstungsausgaben und den schrittweisen Abbau des Militäretats.

Rettung vor dem Offenbarungseid

Nur auf diese Weise sind die Gemeindefinanzen — ohne Belastung der Bevölkerung — aufzubessern...

Die Vorschläge der DKP zur Überwindung der Finanznot der Städte und Gemeinden liegen vor. Wir stellen fest, daß nur eine grundlegende Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen und eine Neuverteilung der Steuern die Kommunen vor dem finanziellen und politischen Offenbarungseid retten kann.

Dazu sind vor allem folgende Forderungen zu verwirklichen:

1. Die Städte und Gemeinden müssen einen festen Anteil am Gesamtsteueraufkommen erhalten. Ihr Anteil muß zunächst auf 18 Prozent, dann auf 20 Prozent und später weiter dynamisch angehoben werden. Als Sofortmaßnahme ist der Anteil der Gemeinden an der Lohn- und Einkommenssteuer auf 20 Prozent zu erhöhen. Die Gewerbesteuer muß den Gemeinden als Ausgleich für den Gewerbesteuerausfall durch Krisenerscheinung und sogenannte Steuerreform ganz zur Verfügung zu stellen.

2. Damit mehr Mittel für die Gemeinden bereitstehen, ist

a) eine Änderung der Ausgabenstruktur des Bundesetats durch Kürzung der Rüstungsausgaben herbeizuführen, die mit jährlich 15 Prozent beginnen sollte:

b) eine höhere Besteuerung der Großvermögen und Millioneneinkommen sowie durchgreifende Maßnahmen gegen Steuerflucht und Wirtschaftskriminalität durchzusetzen.

3. Die kommunalen Dienstleistungsbetriebe sind von steuerlichen Abgaben zu befreien. Gebühren und Tarife sind einem Preisstopp zu unterwerfen.

4. Die Gemeinden erhalten vollständigen Ausgleich für alle Ausgaben, die infolge des Auftrags- und Weisungsrechts des Bundes und der Länder entstehen.

5. Zur Schuldenentlastung der Gemeinden übernehmen der Bund 20 Prozent und die Länder 10 Prozent der kommunalen Schulden. Durch zinslose Bundes- und Lan-

desdarlehen bzw. Zinshilfen erhalten die Gemeinden Finanz erleichterungen.

6. Die Gemeinden erhalten das Recht, Großunternehmen am Ort durch eine kommunale Abgabe zur Deckung der Kosten für den Umweltschutz, öffentlichen Nahverkehr oder den Bau von Kindergärten u. ä. heranzuziehen.

Schluß mit den Gebührenerhöhungen

Die Verwirklichung dieser Vorschläge ist geeignet, der weiteren Belastung der Bürger durch höhere Gebühren und Tarife und der Gefährdung von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken.

Wir DKP-Parlamentarier appellieren an die werktätige Bevölkerung und alle mit ihr verbundenen Abgeordneten: Verbindet den Kampf um bessere Lebensbedingungen mit der Forderung nach grundlegender Verbesserung der Gemeindefinanzen. Das ist eine der entscheidenden Voraussetzungen, um die berechtigten Forderungen der Bevölkerung verwirklichen zu können.

Mörfelden fehlen über 500.000 DM

Auch in Mörfelden wird nach der Landtagswahl auf diesem Gebiet einiges auf uns zu kommen. Auch in unserer Stadt fehlen nach unserer Schätzung im nächsten Jahr weit über 500.000 DM.

Die vier Parteien im Mörfelder Stadtparlament wurden aufgefordert, sich Gedanken zu machen, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Wie zu erfahren war, sehen SPD, CDU und FDP keine andere Möglichkeit, als die Gebühren auch in Mörfelden drastisch zu erhöhen. Keine Partei, außer der DKP, zeigt den Mut, Protest in Richtung Bonn und Wiesbaden loszulassen. Es muß endlich klargemacht werden, daß wir, die Gemeindevertreter und Stadtverordneten, nicht mehr mit an der Preisschraube drehen wollen. Irgendwann, und der Zeitpunkt ist längst dagewesen, muß einmal Schluß damit sein. Es geht nicht länger an, daß Arbeitnehmer mit ihrer Gewerkschaft einige Prozentchen Lohnerhöhung durchsetzen, die im selben Moment durch Preis- und Gebührenerhöhungen wieder aufgefressen werden. Wir Kommunisten drehen da nicht mit.

Meine Meinung

Walldorf will expandieren. Bürgermeister Jourdan sagte „mittleres Wachstum“ und liebäugelt mit „starkem Wachstum“. Da aber nicht genügend Gelände in Walldorf vorhanden ist für ein neues Baugebiet, so plant man, das Gelände (Wettbewerbsgebiet) zwischen beiden Städten in Angriff zu nehmen. Jüngst war ein Vertreter der Argeplan, Hannover (dieses Architektenbüro gewann den Wettbewerb) in Walldorf und erläuterte den Stadtverordneten beider Städte den Bebauungsplan für den Abschnitt, den Walldorf bald in Angriff nehmen will. Da ist also nichts mehr von den Hochhäusern zu hören. Gartenstadt ist das Schlüsselwort. Ehrlich, das hört sich auch gut an! Angesichts der vielen leerstehenden Wohnungen in und um Frankfurt wegen zu teurer Mieten denkt man wieder an Einfamilienhäuser. Laut Bürgermeister Jourdan wird das Gelände kleinpazelliert, „damit jeder sein Bauplätzchen bekommt“. Bleibt die Frage, wer sich einen Bauplatz für 200 Mark pro Quadratmeter kaufen und dann noch bauen kann? Bleibt das Problem der Zersiedelung der Landschaft, der erhöhten Kosten für Straßen und Versorgungsleitungen, des öffentlichen Verkehrs. Will man so weiterbauen, so kleinkariert wie vor zehn Jahren? „Die verkorkste Situation in den zurückliegenden Baugebieten“ will man also fortsetzen. Wie sehen denn unsere Städte aus? Viel zu schmale Straßen (einseitig muß immer Halteverbot sein und selbst dann können zwei sich begegnende Autos nicht ungehindert aneinander vorbei). Daneben zu schmale Bürgersteige, die mit dem Kinderwagen kaum passierbar sind, zumal sie oft nach als Parkstreifen benutzt werden. Eingezäunt ist die Straße mit sich in der Repräsentation überbietenden Mauern mit Klinker, Marmor oder Edelputz. Möglichst so hoch, daß Passanten nicht drüber schauen können und den vermeintlichen Individualismus nicht beeinträchtigen. Autos können auf den Grundstücken nicht stehen, sie bleiben auf der Straße und behindern den Verkehr. Das ist meine Meinung zur Bauform. Das heißt aber nicht, daß ich für eine andere Bebauung des Geländes zwischen Walldorf und Mörfelden bin. Wegen des zunehmenden ökologischen Ungleichgewichts, der Zunahme von Lärm und Luftverschmutzung bin ich gegen eine weitere Massierung von Menschen in diesem Ballungsraum Rhein-Main. R. Dötsch, Schumannstr.

ACHTUNG! FALSCHGELD IM UMLAUF!

Auf den Stimmzetteln dieser Landtagswahl und auf Plakatafeln erscheint der Name KPD. Eine weitere Gruppierung die sich KBW nennt, stellt sich ebenfalls zur Wahl. Viele Mörfelder, darunter zahlreiche ältere Bürger, fragten uns nach diesen Gruppen.

Wir meinen: Die Wähler sollen durch die KPD/KBW getäuscht und verwirrt werden. Man will den Anschein erwecken, als würden neben der DKP noch andere kommunistische Parteien zur Wahl stehen. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Gruppen und Gruppen nicht um kommunistische, schon gar nicht um Arbeiterparteien. Es sind anarchistische, maoistische Gruppierungen,

bestehend aus fast nur Oberschülern und Studenten, die den Namen der KPD und ihre ehrenvolle Geschichte mißbrauchen.

Die Führer dieser Gruppen sind oft gewöhnliche Provokateure, die unter „linken“ Losungen die Gewerkschaften, alle fortschrittlichen Organisationen, den Kampf der Demokraten für Frieden und Entspannung in den Schmutz ziehen. Ihr Hauptfeind ist nicht das Großkapital, sondern die Gewerkschaften und die DKP. Ihre antisowjetischen Ausfälle und Verleumdungen des sozialistischen Lagers bewegen sich auf einer Linie mit der Zeitung von F.J. Strauß, dem „Bayern-Kurier“ und der Zeitung der neofaschistischen NPD, der „Deutschen Nationalzeitung“!

Den reaktionären Kreisen um Dregger und Löwenthal sind solche Gruppen von Maoisten, Anarchisten und anderen willkommen, weil sie Argumente für ihre arbeiterfeindliche Politik liefern. So erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Genscher, der sich als erbitterter Gegner der Gewerkschaften erwiesen hatte und aus seinem Antikommunismus keinen Hehl machte: „Wir möchten die Maoisten in der Landschaft der Bundesrepublik nicht missen.“!

Das ist dann auch der Grund, weshalb eine solche Gruppe sich KPD nennen darf. Die richtige KPD wurde von Hitler und 1956 von der Adenauer-Regierung verboten. Ihre ehemaligen Mitglieder sind heute in der DKP und die DKP kämpft für die Aufhebung des KPD-Verbotes. Die KPD hatte in Mörfelden durch ihre konsequente Arbeiterpolitik ein hohes Ansehen. Vielen Mörfeldern sind die Namen der KPD-Mitglieder Georg Zwilling, Wilhelm Scheuermann, Karl Hardt, Wilhelm Völker, Heinrich Hechler in guter Erinnerung. Die Arbeit dieser Männer wird heute von der DKP fortgesetzt.

Wir meinen, die eigentliche Funktion der Gruppen „KPD“ und „KBW“ im hessischen Wahlkampf besteht darin, die von der bisherigen Politik der Landtagsparteien enttäuschten Wähler zu hindern, den Weg zur DKP zu finden, die als einzige Partei der Arbeiter und Angestellten eine echte Alternative zu bieten hat.

Philipp Arndt, Bebelstraße 2
Karl Dammel, Am Schlichter
Adam Denger, Herweghstraße 18
Michael Denk, Gartenstraße 15
Heinrich Hechler, Schafgasse 6
Jakob Hechler, Elbestraße 13
Arthur Siegel, Kalbgsasse 9

Phillip Siegel, Gerauer Straße

Alle Kinder gehen in die Oberschule

Für 234.000 Kinder begann am 1. September in der DDR ein neuer Lebensabschnitt: Zum ersten Mal, begleitet von ihren Muttis und Vatis, traten sie den Weg in die Schule an. Nicht in irgendeine Schule, eine Grundschule oder Volksschule. Nein, in der DDR besuchen alle Kinder die Oberschule. Genauer: eine allgemeinbildende Polytechnische Oberschule.

Vorerst haben die lieben Kleinen 10 Klassen vor sich, ehe sie weitere Bildungswege beschreiten können. Doch noch ist es nicht soweit. Der neue Abschnitt im Leben beginnt auch in der DDR mit Schulfeiern und der obligatorischen Zuckertüte. Die Kinder in der DDR kommen nicht nur mit der Zuckertüte in die Schule, sondern bringen bereits einen reichen Erfahrungsschatz von Wissen mit, haben doch die meisten von ihnen einen Kindergarten besucht und die

Anfangsgründe des Lernens schon lange hinter sich. So ist z.B. die bei uns zu Lande so viel diskutierte Mengenlehre für Schulanfänger der DDR kein großes Problem. Das Rechnen mit mathematischen Begriffen ist für sie von kleinauf eine Selbstverständlichkeit, man lernt es sozusagen spielend.

Übrigens ist der Schulbeginn in der DDR für einen sechsjährigen Jungen aus Berlin, Leipzig oder einem Steppke aus einem mecklenburgischen Dorf überall gleich. Alle treten den Weg in die Oberschule an, alle werden nach einem einheitlichen Lehrplan unterrichtet.

Den Kindern in der DDR stehen zum Schulbeginn 2.260 neue Unterrichtsräume zur Verfügung. Die Klassenfrequenz beträgt 27,3 Schüler. Auf 18 Schüler kommt eine Lehrkraft. 5.300 Fachlehrer der Oberstufe und

2.100 Lehrer der Unterstufe nahmen am 1. September ihre Tätigkeit neu auf. 7,3 Milliarden Mark flossen dem Bildungssystem im Jahre 1973 aus dem Staatshaushalt zu.

Zum 25. Jahrestag der DDR blickt diese auf eine Entwicklung des Bildungswesens zurück, die sich sehen lassen kann. Mit der Schulreform 1945 wurde der Grundstein für eine demokratische Entwicklung des Schulwesens gelegt. Gab es 1945 in den Dörfern noch 4.114 einklassige Schulen, so waren es im Gründungsjahr der DDR noch 668. Die letzte Einklassenschule wurde 1959 aufgelöst.

Seit 1949 wird die zehnjährige Schulpflicht an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen schrittweise verwirklicht. Im Jahre 1974 werden es bereits 91 Prozent aller Kinder in der DDR sein, die diesen Weg gehen.



Das Volksfest der UZ

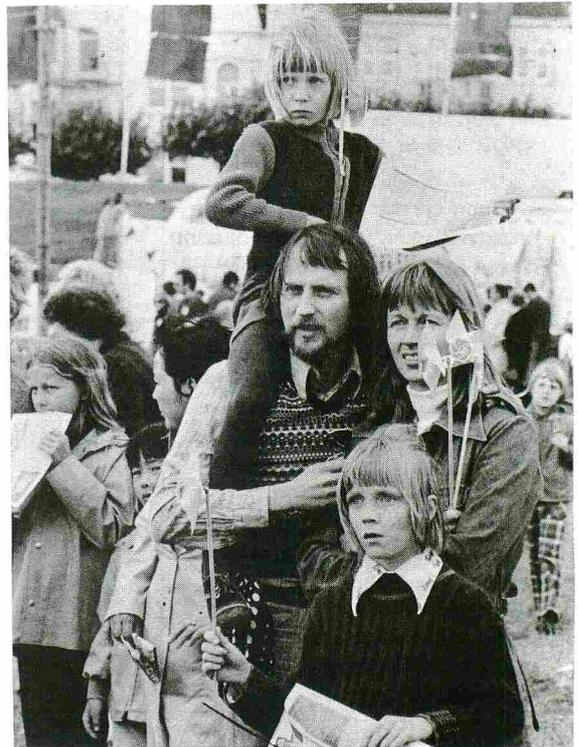
Was keiner erwartete, trat ein.

250.000 Menschen kamen zum ersten Pressefest der DKP-Zeitung „UZ“ auf die Düsseldorfer Rheinwiesen. Zwei Tage wurde gefeiert. Es gab Spezialitäten aus allen Ländern der Bundesrepublik. Hunderte Künstler, Songgruppen und Artisten aus aller Welt traten beim Fest auf. Während der Festvorbereitung wurden von der DKP allein fürs Pressefest 977.670 DM Spenden gesammelt. Über 6.000 Mitglieder und Freunde der DKP halfen unentgeltlich bei der Vorbereitung und Durchführung. So konnten die Preise niedrig gehalten werden (Rippchen mit Kraut: 3,50 DM, Bratwurst: 1,20 DM).

Die DKP-Hessen hatte ein großes Apfelwein-Zelt aufgebaut, auch hier Rekord-Umsätze.

8.300 Gläser Apfelwein, 3.300 Rippchen, 10 Zentner Sauerkraut, 1.100 Handkäs' mit Musik sind Hinweis auf den „Riesenbetrieb“. Die Berichterstattung der bürgerlichen Presse über dieses Volksfest war spärlich und gehässig.

Wir haben es nicht anders erwartet.





Ellen Weber spricht

Besuchen Sie die öffentliche Wahlversammlung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) am Freitag, dem 18. Oktober 1974, um 20.00 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden.

Der Diskussion stellen sich:

Dr. Ellen Weber stellvertretende Vorsitzende der DKP-Hessen und Kandidatin der DKP-Landesliste

Rudi Hechler DKP-Kandidat im Wahlkreis 47 (Groß-Gerau)

Die Stadtverordneten der DKP-Mörfelden:

Michael Denk, Heinz Hechler, Erich Schaffner, Artur Siegel

Informieren Sie sich über die Forderungen der DKP zur Landtagswahl. Diskutieren Sie mit der DKP. Wählen Sie DKP!

*Protest
und
Ausweg!*

„Ich würde ja DKP wählen, aber, helfe ich damit nicht Dregger?“

Diese Frage hörten wir in letzter Zeit oft von traditionellen SPD-Wählern. Wir meinen dazu:

1. Wenn die mit der SPD-Politik unzufriedenen, CDU wählen, dann ist das kein Ausweg, im Gegenteil.
2. Der SPD/FDP- Vorsprung ist nicht so knapp, wie man uns oft weismachen möchte. Es wird auch nach dem 27. Oktober wieder eine SPD/FDP-Koalition in Wiesbaden geben. Wollte Dregger siegen, müßte er über 16 Prozent Stimmen hinzugewinnen. Das schafft er nicht.
3. Nur ein starker DKP-Stimmenzuwachs ist richtiger Protest und Ausweg.

DKP-Wahlrevue

„Wir seh'n uns um
im Hessenland“
mit

**Dieter
Süverkrüp**

Rüsselsheim
Stadttheater

Samstag, den 19.10.1974

20.00 Uhr

Eintritt: 3,- DM

Begrüßung:

Landtagskandidat

Werner Welskop

Eintritt DM 3,-

